



## Skandalöse Betriebskostenabrechnung bei Gemeindewohnungen

Wie fast jedes Jahr um die gleiche Zeit dasselbe Problem. Die Betriebskostenabrechnung bei den Gemeindewohnungen sind in vielen Fällen falsch, fehlerhaft, undurchsichtig und damit ungerechtfertigt. Es wäre an der Zeit, Konsequenzen zu ziehen. Der Versuch, wie auch bisher über persönliche Unzulänglichkeiten der handelnden Personen hinwegzusehen, ist gescheitert. In den politischen Funktionen liegt, wie in dienstlichen Bereichen, Versagen vor.

Wenn bei einer Betriebskostenabrechnung zum Beispiel der Posten

„Ganglicht“ von 732 € im Jahr 2013 auf 2.345 € im Jahre 2014 völlig unkommentiert und ungeprüft an die Mieter/innen verrechnet wird, dann handelt es sich dabei um kein Missverständnis, auch nicht um Unverständnis, sondern um ein Unvermögen. Ein Fehler in der Verrechnung wäre verständlich, zum Beispiel wenn in einem Haus ein Trockner wegen eines Wasserschadens über Monate hinweg eingeschaltet ist oder Arbeiter

eine Wohnung aus einem Dachgeschoss auf Stromkosten der anderen Mieter/innen, „rückbauen“. In so einem Fall wäre es doch Aufgabe der Hausverwaltung, die Betriebskosten vor dem Versand an die

Mieter/innen zu überprüfen und nicht einfach rauszuschicken.

Dann noch den telefonisch höflich anfragenden Mieter/innen freche Antworten zu geben, das hilft den Geschädigten nicht.



### mhm Gartenfest 2014 28. Juni

**Mir söwa**

(Austropop aus dem Mürrtal)

Kinderprogramm, Glückshafen, Grillspezialitäten  
Mürzzuschlag im Garten Wienerstraße 148  
Eintritt frei

**Lazy Diamonds**

(Blues Rock aus der Wiener-Neustädter Steppe)

**feZZntandler**

(Strizzi Rock aus Meidling)



*Wir wünschen allen Mürzzuschlagerinnen  
und Mürzzuschlagern ein frohes Osterfest*



Ihre KPÖ-Gemeinderäte Franz Rosenblattl und Franz Eisinger sowie die Redaktion von MHM

## Kommentar

### Liebe Mürzer/innen, Ganzer/innen und Hönigsberger/innen!

In einem dreiviertel Jahr wird  
- durch einen Landtagsbeschluss der „Reformpartner“ Voves und Schützenhöfer  
- die Gemeinde Ganz aufgelöst und in die Gemeinde Mürzzuschlag eingegliedert.

Wir (die KPÖ) haben im Landtag gegen die Gemeindefusionen gestimmt. Nicht weil wir prinzipiell gegen Alles sind, sondern weil wir Kommunisten die Meinung vertreten, dass es die ureigenste Entscheidung einer Gemeindebevölkerung sein muss, was und wie sie ihr Zusammenleben gestaltet. Eine solche Entscheidung dürften die regionalen Landtagsabgeordneten Zelisko und Fischer (SP) gegen den Willen der Einwohner nicht treffen. Weder für die Ganzer noch für die Mürzer- und Hönigsberger/innen. Über eine Fusion sollten möglichst die Betroffenen selbst entscheiden.

Wir vom Informationsblatt MHM (Mürzzuschlager Hönigsberger Mitteilungen) wollen in Zukunft auch den „Ganzern“ eine Plattform bieten. Sie werden in uns einen Partner haben, der ihre Interessen gerne zur Sprache bringt. Wir bitten um Informationen und Mitarbeit. Es geht um die Gestaltung dieses neuen aufgezwungenen Konstrukts, dieser neuen Gemeinde, in der es trotz aller Widrigkeiten keine Verlierer geben darf. Wir würden uns aufrichtig auf die Mitarbeit der Ganzer Bevölkerung freuen. In uns wird sie einen verlässlichen Partner haben.

### Zur letzten Mürzer Gemeinderatssitzung:

Seit 1990 habe ich noch keine Sitzung mit einem solchen Verlauf erlebt.

Bürgermeister Rudischer hat Ideen, Vorschlägen und Initiativen kategorisch abgelehnt. Der Vorwurf der Sturheit und Wehleidigkeit bleibt ihm nicht erspart.

Unser Antrag, Menschen mit leichten körperlichen oder geistigen Defiziten einen Praktikumsplatz zu geben, damit ihre Chancen am Arbeitsmarkt vergrößert werden, wurde von ihm und somit von der SPÖ abgelehnt. Diese Schande wird seiner Fraktion in Zukunft noch lange erhalten bleiben. Alle Achtung für die Haltung der Gemeinderätin Pretterhofer. Da liegt mehr Courage dahinter als bei den vielen anderen Gemeinderät/innen vorhanden ist.

Bei den Gemeindewohnungen gab es Mieterhöhungen. Bei einem Teil der Mieter/innen kam es zu enormen Betriebskosten-Nachzahlungen. Es würde dem Bürgermeister gut anstehen, wenn er endlich einmal in der Gemeinde-Hausverwaltung für ein entsprechend kundenfreundliches Verhalten sorgen würde. Nicht die Mieter/innen der Wohnungen sind für die Hausverwaltung da, sondern die Mitarbeit/innen der Hausverwaltung sind für die Mieter/innen da. Dem entsprechend sollte auch der Ton und der Umgang mit Kunden sein.

Die Wiedereinführung des Wohnungsausschusses könnte den Mieter/innen viele Probleme ersparen.

Franz Rosenblattl



## Aus dem Gemeinderat

Die letzte Gemeinderatssitzung am 27. März „zeichnete“ sich vor allem durch das unkooperative und präpotente Verhalten des Bürgermeisters gegenüber der gesamten Opposition aus. Warum dieser so ungewöhnlich reagierte, bleibt das Geheimnis der dezimierten SP-Fraktion. Zu Beginn der Sitzung fehlten 5 von 14 SP-Mandataren, eine erschien dann noch rechtzeitig vor den Abstimmungen, sodass das Stimmverhältnis 10 zu 9 (von der VP und der FP fehlte je ein Mandatar) knapp aber doch für einige „Kampfbeschlüsse“ gegenüber der Opposition reichte.

## Fragestunde

### Kein Urologe in Mürzzuschlag

KP-Gemeinderat Eisinger richtete an den Bürgermeister die Anfrage warum die Mürzzuschlager Ordination des Urologen Dr. Berchart geschlossen sei und ob dies jetzt ein Dauerzustand ist. Die Patienten wurden auf einmal von seinen Sprechstundenhelferinnen aus Kapfenberg vor ihrer Terminabsage verständigt und dass die Ordination in Mürz bis auf weiteres geschlossen bleibt und ob sie nach Kapfenberg kommen wollen. Natürlich auf eine neue Warteliste mit mindestens dreimonatiger Wartezeit. GR Eisinger forderte den Bürgermeister auf, möglichst schnell mit dem Arzt und der Ärztekammer in Kontakt zu treten. Es ist für die meist älteren und vor allem unmobilen Bürger eine Zumutung, zu einer Untersuchung nach Kapfenberg zu fahren.

Bgm Rudischer versprach, sich zu erkundigen.

## Mürzer Stammtisch



„Is des wor, du host im Lotto g`wonnen?“

„Jo, endlich kennan mia uns unsern Jugendtraum erfüllen. “

„Jo wos denn leicht, a Weltreise oder a Kreuzfahrt auf an Luxusship oder goar an Rolls Royce?“

„Geh her auf, a G`meindewohnung nehman mir uns, de könn ma uns jetzt endlich leisten!“

## Betriebskostenabrechnungen...

Wieder einmal kam es seitens der Gemeinde-Hausverwaltung zu problematischen Betriebskostenabrechnungen. So wurden in den sogenannten Volkswohnhäusern in der Wienerstraße angeblich Wohnungen „rückgebaut“.

Dies betraf vor allem Dachwohnungen im 2. Stock der Häuser, was zur Folge hatte, dass die jeweiligen „Anteile“ der Mieter/innen an den Betriebskosten und somit die Kosten insgesamt anstiegen. Für diese Rückbauten wären aber laut Mietgesetzen Gutachten über die Notwendigkeit bzw. über die nicht vorhandene Wirtschaftlichkeit einzuholen. Gemeinderat Eisinger fragte den Bürgermeister, ob dies in dem Falle der wegsanierten Wohnungen geschehen sei.

Der Bürgermeister meinte, über einen Rückbau nichts zu wissen, dass aber einige Wohnungen derzeit nicht sanierbar und somit nicht mehr vermietbar sind.

## Mopedlärm am Hönigsberger Spielplatz

Vor rund einem Jahr informierte GR Rosenblattl den Gemeinderat über den Interessenskonflikt der Anrainer am Hönigsberger Spielplatz, die unter Lärmbelästigung leiden. Seinerzeit versprach der Bürgermeister, sich dem Problem anzunehmen und eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden. GR Rosenblattl erkundigte sich nunmehr um den Stand der Dinge. Oder ob sich das Problem von selbst gelöst hätte? Er hat sich angeboten, an einer Konfliktbereinigung mitzuarbeiten. Leider konnte Bürgermeister Rudischer auch hier nichts Essentielles berichten.

## Lehrlingsoffensive Mürz

Gemeinderat Rosenblattl forderte einen, über die diversen Gemeinderatsausschüsse hinausgehenden, überfraktionellen Arbeitskreis einzurichten. Dieser sollte sich mit der Problematik von Lehrlingen im Allgemeinen sowie mit der Situation von auszubildenden Jugendlichen in unserer Gemeinde befassen.

So wäre zum Beispiel eine Auszeichnung jener Mürzer Betriebe sinnvoll, die Lehrlinge selbst ausbilden und beschäftigen. Es gibt sicher viele Mürzer Bürger/innen die ein solches Engagement der Betriebe zu würdigen wissen.

Zur Zeit gibt es auch schwarze Schafe, die ihren Lehrlingen keine Lehrlingsentschädigung bezahlen, und sich durch irgendwelche AMS-, BFI- oder MIA Projekte die Ausbildung durch die Steuerzahler finanzieren lassen. So gibt es „Lehrherren“, die zum Beispiel bei Berufsschulbesuch keine Lehrlingsentschädigung mehr bezahlen. Da müssen dann die Eltern für Internatskosten herhalten. Um solche Betriebe von Gemeindeförderungen fernzuhalten und andere, ehrliche, zu fördern, ist es notwendig diverse Richtlinien zu überarbeiten. GR Rosenblattl richtete an Bgm Rudischer die Frage, ob er

einen Forderungskatalog erstellen und Marketingmaßnahmen ergreifen will.

## Bücherei und Leiharbeiter

Stadtrat Meißl (FP) befragte den Bürgermeister, ob es tatsächlich angedacht wäre, die Städtische Bücherei zum ehemaligen Libro in die Wienerstraße zu übersiedeln. *Da einerseits die Bücherei in der Kirchengasse alles andere als optimal gelegen ist und andererseits die Eigentumsverhältnisse des ehemaligen Radio-Wald- und Librogeschäftes auch solche Spekulationen zulassen, berichten wir über diese interessante Frage. Leider kam vom Bgm auch nur ein:* Das ist nicht vorgesehen.

Meißl ging auch auf unseren Antrag zum Thema Leiharbeiter/innen im Dienste der Gemeinde ein. Wir verweisen auf die letzte MHM. Die KPÖ hatte dieses Thema schon in einem Dringlichkeitsantrag behandelt. Wir treten für die Übernahme der Leiharbeitskräfte ein.

## Gacki Sackerl in den Ganzer Wäldern

GR Thonhauser von den Grünen richtete an den Bgm die Anfrage, ob eine gemeinsame Aktion bezüglich der „Gacki Sackerl“ in den Ganzer Wäldern beabsichtigt sei. Bgm. Rudischer zeigte sich diesbezüglich nicht besonders kooperativ. Die zweite Anfrage betraf Mängel bei der Beschilderung der Radwege. *Hier wurde ein Berater des Kuratoriums für Verkehrssicherheit bestellt. Dieser hat seine Aufgaben aufgenommen und wird für eine richtige Beschilderung und Kennzeichnung des Radweg-Netzes im Gemeindegebiet sorgen. Die Verkehrsdisziplin der Radfahrer auf öffentlichen Straßen war nicht Thema der Anfrage...*

Hier konnte der Bürgermeister erstmals in der Fragestunde eine kompetente und direkte Antwort geben. Der Mitarbeiter des Kuratoriums für Verkehrssicherheit kommt und wird mit dem E-Kleinfahrzeug der Gemeinde die Radwege abfahren und auf Schwachstellen analysieren und hinweisen.

## Kosten der Gemeindereform

Eine Anfrage bezüglich der Kosten der Fusion mit Ganz kam vom VP-GR Rinnhofer. Er wollte vom Bgm wissen, ob ihm schon bekannt wäre, wie hoch die Kosten der Gemeindegemeinschaft sind? Natürlich konnte Bgm. Rudischer dies nicht beantworten.

*Da fragte er sicher in jeder Hinsicht den Falschen. Das kann der Bürgermeister nicht wissen, weil es noch nie errechnet wurde. Verständlicherweise weiß es auch die Mürzer VP nicht, und schon gar nicht die Ganzer VP. Keiner weiß es. Warum also diese Frage? Es wurde vom Landtag (VP - SP) so beschlossen. Die VP-Gemeinderäte sollten doch einfach einmal ihren Reformpartner Schützenhöfer fragen.*

## Aus dem Gemeinderat

### Dringlichkeitsanträge:

Laut steirischer Gemeindeordnung ist es jedem Gemeinderat erlaubt, Dringlichkeitsanträge zu stellen. Diese bewirken eine Behandlung bei einer Gemeinderatssitzung und werden auf die Tagesordnung genommen, falls sie von der Gemeinderatsmehrheit als solche anerkannt werden. In der Mürzer Praxis bestimmt die SP-Mehrheit also was auf die Tagesordnung kommt. In weiterer Ferne bestimmt sie auch, was dann eventuell nicht auf die Tagesordnung kommt, nämlich Dringlichkeitsanträge der Oppositionsfraktionen. Also letztendlich passiert alles so wie es die Mehrheit will, egal wie gut, wie stark oder wie sinnvoll die Argumente sind. Durch den Fraktionszwang wird alles von Vornherein diktiert.

So geschehen bei der letzten Sitzung als eine Gemeinderätin der SP-Charakter zeigte und letztlich ihr eigenes Abstimmungsverhalten kritisierte.

### Integration von behinderten Menschen

Die KPÖ Gemeinderäte stellen einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Integration von Menschen mit Behinderung“. Dabei geht es darum, dass Menschen mit Behinderung, um in für sie mögliche Arbeitsverhältnissen eintreten zu können, eine Ausbildung machen müssen.

Dafür benötigen sie ein Praktikum. Die Gemeinde sollte, laut Antragssteller, diese Praktika anbieten.

Darüber hinaus bekommen jene, in Ausbildung stehenden Personen, monatlich lediglich 63 Euro vom Land als Taschengeld...

Daher war die zweite Forderung im Antrag, eine Aufwandsentschädigung (die Antragsteller haben gar keine Höhe genannt) für jene Personen, die dann entsprechende Arbeiten verrichten sollen, zu beschließen.

Dieser Antrag wurde von den SP Gemeinderät/innen abgelehnt...

Wir führen hier jene Gemeindevertreter an, die gegen diesen Antrag stimmten. Gegen einen Antrag, der für Menschen mit Handicap notwendige Voraussetzungen geschaffen hätte. Aber die Parteidisziplin war wichtiger: Bürgermeister Rudischer, Vizebgm. Juricek, die Gemeinderäte Haagen, Haghofer, Horvath, Pretterhofer, Pimeshofer, Steinacher, Gamsjäger, Kadlec (die anderen waren entschuldigt).

Ich fragte sie dann nach der Abstimmung, aber noch während der Sitzung, ob sie wissen, was sie da niedergestimmt hätten und sich denn nicht für ihr Abstimmungs-

verhalten schämen? Diese Frage machte schon ein wenig betroffen. Einzig Frau Gemeinderat Pretterhofer nahm ihre Ablehnung zurück. Leider zu spät, um eine Beschlussfassung dieses wirklich außer Diskussion stehenden Anliegens zu bewirken.

**Die anderen SP-Gemeinderäte ordneten sich dem bedingungslosen Fraktionszwang unter.**

### Glücksspiel

Der zweite KPÖ Antrag bei dieser Sitzung betraf das sogenannte „Kleine Glücksspiel“. Ein Antrag der in vielen steirischen Gemeinden sowie in Graz angenommen wurde. Dabei geht es um einen Auftrag an den steirischen Landtag, keine weiteren Glücksspiellizenzen mehr zu vergeben. Die Steiermark ist eines der wenigen Bundesländer die das Automatenpiel überhaupt noch erlaubt. Bisher naschten zwar die Gemeinden von der Steuer mit, in Zukunft fällt dies aber auch weg. Die enormen Kosten für die Behandlung der Spielsucht tragen aber die Sozialhilfeverbände - sprich die Gemeinden. Ein Antrag, der von jeder Fraktion bedingungslos angenommen werden könnte, da die Spielsucht nur Probleme und letztendlich enorme Kosten mit sich bringt, wurde in Mürzzuschlag von der SPÖ abgelehnt.

### Präpotenz der Macht

Die FP (3) und die Grünen (1) stellten Dringlichkeitsanträge die von der SP bzw. vom Bgm. Rudischer ebenfalls grundlos abgeschmettert wurden. „Die Anträge müssen erst in den Ausschüssen diskutiert werden (wo die kleinen Fraktionen nicht einmal ein Stimmrecht haben) und dann auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung kommen“, so der Bürgermeister, der wohl in dieser Gemeinderatssitzung an politischer Kompetenz und an Sympathie verloren hat.

KP-GR Rosenblattl verurteilte diese Vorgangsweise auf das Schärfste und verwies auf die steirische Gemeindeordnung, die den Oppositionsparteien sehr wohl das Recht des „Dringlichkeitsantrages“ als ein Minderheitenrecht um bestimmte Fragen, Initiativen und Problemen aufzuwerfen, zugesteht.

### Rechnungsabschluss 2013

In Abwesenheit des Finanzreferenten präsentierte der Bgm den Rechnungsabschluss 2013. Insgesamt war dieser ausgeglichen und fand auch die Zustimmung der VP, der KP und der Grünen. Lediglich die FP stimmte dem RA nicht zu, weil sie dem Prüfungsausschuss keine Kompetenz zutraut. Sie verlangt eine Rechnungshofprüfung. GR Rosenblattl meinte dazu: Die Gemeindeordnung sieht die Prüfung des sogenannten Kontrollausschusses vor. Der Rechnungshof kann und soll bei bewusstem Verdacht auf eine Unregelmäßigkeit prüfen können. Nur dieser Verdacht ist nicht da und wird durch das Fehlen der FP im Kontrollausschuss auch nicht erhärtet.



## Tag der Offenen Konten:

### In 16 Jahren 1,5 Mio. Euro vom Gehalt gespendet



Die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler sowie die Grazer Stadträtin Elke Kahr (Mitte) spendeten mehr als die Hälfte ihrer Politikerbezüge, um Menschen in Notlagen zu helfen.

Seit Ernest Kaltenecker 1998 Stadtrat in Graz wurde, gilt für Mandatare der KPÖ, dass ein Großteil ihrer Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird.

Seitdem wurden fast 1,5 Millio-

nen Euro gespendet und Jahr für Jahr darüber Rechenschaft abgelegt. Im Jahr 2013 wurden 1036 Personen mit einer Gesamtsumme von 121.475 Euro unterstützt, etliche davon auch in unserem Bezirk.



**Unsere Gemeinde**  
*Unsere Heimat*

### Bezirks- und Gemeindefusionen treffen die Steiermark hart

Mit 1. Jänner 2015 werden hunderte steirische Gemeinden von der Landkarte entfernt. Das bedeutet nicht nur weniger Demokratie und Selbstverwaltung, sondern den Verlust von Arbeitsplätzen und die weitere Schließung von Gendarmerieposten, Postämtern, Bezirksgerichten, Finanzämtern und sonstigen Serviceeinrichtungen.

Die weitere Aushöhlung der Gemeinden und des ländlichen Raumes, die Verschlechterung der Nahversorgung der Bevölkerung, im Landtag von der rot-schwarzen Kahlschlag-Koalition beschlossen wurde, stößt aber auf immer mehr Widerstand.

So wehren sich über 100 Bürgermeister steirischer Gemeinden gegen die Zwangsfusion ihrer Gemeinden. Aber auch Bürger in Gemeinden, die „freiwillig“ zusammengehen, beginnen sich gegen diese „Reform“ zu wehren.

Auf der Website der Fusionsgegner: [www.gemeindeinitiative.at](http://www.gemeindeinitiative.at) sind Ratschäge und Formulare erhältlich.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die im Landtag am 17. Dezember 2013 beschlossenen Zwangsfusionen hunderter steirischer Gemeinden muss rückgängig gemacht werden! Die KPÖ unterstützt die Aktionen der Gemeindeinitiative.“

## SERVICE:

### Soziale Richtsätze 2014

#### Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: .... € 857,73  
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften: ..... € 1.286,03  
Erhöhung pro Kind: ..... € 132,34  
(jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

#### Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen: ..... € 813,99  
Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten): ..... € 610,49  
ab 3. volljährige Person: ... € 407,00  
1. bis 4. Kind: ..... € 154,66  
ab dem 5. Kind: ..... € 187,22

#### Rezeptgebühr 2014:

€ 5,40 pro Medikament

#### Geringfügigkeitsgrenze:

€ 395,31/Monat

#### Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben)

#### Obergrenze für Rundfunk- Telefongebührenbefreiung/ Telefonentgeltzuschuss (netto):

1 Person: ..... € 960,66  
2 Personen: ..... € 1.440,35  
3 Personen: ..... € 1.588,57

#### Familienbeihilfe

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,10 bei 4 Kindern über 19; im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um Geschwisterstaffel ab zwei Kindern; für erheblich behinderte Kinder kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

#### Pflegegeld (seit 2011 gleich):

Stufe 1: ..... 154,20  
Stufe 2: ..... 284,30  
Stufe 3: ..... 442,90  
Stufe 4: ..... 664,30  
Stufe 5: ..... 902,30  
Stufe 6: ..... 1.260,00  
Stufe 7: ..... 1.655,80

# SOZIALBERATUNG-PARTEIUNABHÄNGIG-VERTRAULICH



Fragen zur Mindestsicherung, Wohnungsprobleme, familiären Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme

mit Philipp Reininger und GR Franz Rosenblattl

Freitag 9. Mai ab 16.00 Uhr

KPÖ Mürzzuschlag Wienerstrasse 148

telefonische Voranmeldung unbedingt erforderlich um Wartezeiten zu vermeiden **0650 2710550** oder

per Mail: [kpoemz@aon.at](mailto:kpoemz@aon.at)



**Helfen statt Reden!**

## M-H-M Preisrätsel

Wir gratulieren den Gewinnern des Dezember-Rätsels

**1. Preis: 30 €uro Billa-Gutschein:** Hermine Rennhofer, Mürzzuschlag **2. Preis: 25 € Billa-Gutschein:** Brigitte Buchmaier, Mürzzuschlag **3. Preis: je 1 Flasche Wein vom Weingut Markowitsch:** Petra Kaiser Mürzzuschlag; Frieda Haider Mürzzuschlag; Manuela Knaflitsch Mürzzuschlag

1	2	3	4	5	6	7	8
9					10		
11	IX	12	13				14
				15	V	16	
17			18			II	
19	20	21	IV				22
				23	XIII	24	I
	XI		25		XIV	26	VI
28	29	30			31	32	
33				34	X	VII	35
		XII	36				37
38			39			40	
41				III	42		

- Spion, Spitzel
- anders als bisher
- Staat in Nahost
- Düsenflugzeug (ugs.)
- törichte Frau
- Gefäßflöte
- Fluss zur Aller (Oberharz)
- von einem Zeitpunkt
- fassen, in die Hand nehmen
- Schlafstelle auf Schiffen
- europäischer Staat
- Abkürzung für United States
- Rauchkraut
- Lokal im Wildweststil
- Fechtwafe
- Übriggebliebenes
- Verpackungsgewicht
- Kinderfahrzeug
- schwankend, unsicher
- aufsteigender Luftstrom
- Hauptstadt des Iran
- Fischfett
- deutscher Bundespräsident
- Grundstoffteilchen
- Strom in Ostsibirien
- polnische Stadt an der Weichsel
- Kopfschmuck des Herscher
- Festung im Mittelalter
- Platzmangel, Raumnot
- Ansturm auf Begehrtes (engl.)
- Gebäude
- großer Behälter für Flüssigkeiten
- Laubbaum
- beißender Spott
- afrikanischer Strom
- Beifallsruf
- Abkürzung für Nordost
- ein Nutztier
- Stromspeicher (Kurzwort)
- sauber, unbeschmutzt
- engl. Schriftsteller (Daniel)
- allenstehender Mensch

Das Gewinnlösungswort ergibt sich aus den Buchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: [kpoemz@aon.at](mailto:kpoemz@aon.at) oder an KPÖ, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag senden.

Einsendeschluss 20. Mai.2014. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----	------

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon/Handy: \_\_\_\_\_

## Hypo Alpe-Adria: Bankenpleite kostet 5.000 Euro pro Familie

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Die Pleite der Skandalbank Hypo Alpe Adria kostet jeder Familie in Österreich bis zu 5.000 Euro.

Bis zu 19 Milliarden Euro aus Steuergeldern werden ausgegeben, um diese Bank zu retten und anderen Banken und Gläubigern Millionen in den Rachen zu stecken. Die Bevölkerung muss dies mit immer neuen Belastungspaketen bezahlen.

**Gemeinderat Franz Eisinger:** „Von Haider bis Faymann und Spindelegger, von FPÖ über ÖVP und SPÖ, bei diesem Skandal stecken alle unter einer Decke“.

### „Investoren“ werden schadlos gehalten

Öffentlich schieben sie sich gegenseitig die Schuld an diesem Debakel zu. Aber immerhin profitieren „Investoren“ aus ihrem Dunstkreis auch von den Spekulationsgeschäften, die in Kärnten unter Jörg Haider ihren Ausgang genommen haben. Hedgefonds haben nach einem Bericht der PRESSE vom 12.2.2014 auf den Zusammenbruch der Bank gewettet und Anleihen zu Billigstpreisen aufgekauft. Für die dabei entstandenen Verluste sollen sie nun von der österreichischen Bevölkerung in voller Höhe entschädigt werden. Während arbeitenden Menschen täglich ausgerichtet wird, sie sollen mehr „Eigenverantwortung“ übernehmen, können sich Spekulanten und „Investoren“ an der Allgemeinheit schadlos halten.

Die Pleite der Bank ist gleichzeitig ein Riesengeschäft. Die Hypo hat sich über Anleihen refinanziert, deren Käufer (überwiegend Fonds, Banken und andere institutionelle Investoren) durch Haftungen des Landes Kärnten vor Verlusten geschützt sind. 150 Millionen Euro eingenommen hat eine Investorengruppe um Tilo Berlin, hundert Geldmensen aus dem Kärntner und steirischen Landadel sowie der Wörthersee-Industrieschickeria samt Flick-Stiftung, die sich ihren vorübergehenden Einstieg mit fixen Rückgaberecht abgesichert haben.

Die Grazer Wechselseitige (GRAWE) steckt als frühere Miteigentümerin mitten drin in dem Skandal. Es wäre naiv zu glauben, dass es sich lediglich um einen Kriminalfall aus der Welt der Hochfinanz handelt.

Die Enteignung der Bevölkerung zugunsten von Banken und Konzernen ist das Ergebnis der in den EU-Verträgen festgeschriebenen Politik.



## Franz's Tierecke

*Im Sinne des Tierschutzes sind auch unsere Essgewohnheiten sowie unser Einkaufsverhalten zu betrachten. Wenn der Konsument immer mehr Fleisch zu billigsten Preisen verlangt, wird das Lebewesen Tier, unweigerlich als Ware betrachtet. Leider können sich immer weniger Mitbürger gute Qualität leisten und müssen zu billigsten Lebensmitteln greifen. Diesen Umstand greifen die EU geförderten Massentierhalter gerne auf. Großfleischproduzenten haben zu artgerechter Tierhaltung keinen Bezug. Nur der Umsatz und die Gewinnsteigerung zählt! Legebat-terien und Masthaltung sind seit Jahren eine geduldete Selbstverständlichkeit. Mit Landwirtschaft oder Bauern-tum hat dies nichts mehr zu tun. Änderungen im Gesetz werden durch ihre Lobbyisten verhindert.*



**GR Franz Eisinger**

*Ein Skandal folgt dem anderen in dieser Branche. Erinnern wir uns an den Pferdefleischskandal, falsch deklariertes oder vergammeltes Fleisch, Dioxine in Eiern, Ehec-Skandal, Aflotoxine in der Milch, usw.. Zu viele Verbrechen, in zu kurzer Zeit, um alle aufzuzählen. Der Leidtragende ist der Kleinverdiener, Bauer und die gequälten Tiere.*

*Wir in Mürzzuschlag, umgeben von vielen traditionellen landwirtschaftlichen Unternehmen, haben das Glück, auch direkt vor Ort bei Landwirten, die nicht nur Gewinnoptimierung als Ziel haben, einzukaufen. Ein bisschen weniger Fleisch, aber dafür von bester Qualität, gekauft ab Hof oder auf unseren Bauernmarkt, beruhigen nicht nur unser Gewissen im Bezug auf Tierschutz, sondern fördert auch unsere heimische Struktur.*

*Wer es genau wissen will, überzeugt sich durch einen Besuch auf einem Hof. Erstaunlich wie gut es so manchen Tieren bei unseren Landwirten geht.*

*Noch ein Appell an jene, die mit den Gedanken spielen, sich oder ihren Kindern einen Hasen oder ein Kaninchen als Haustier zuzulegen. Diese Tiere werden oft über 10 Jahre alt und benötigen Auslauf. Eine artgerechte Haltung ist schwierig und muss gut überlegt werden. Lieber einen Osterhasen aus Schokolade, der wird wenn er weggestellt wird, nicht darunter leiden, jedoch meist gleich vom Beschenkten voller Freude verzehrt.*



So oder so ?



25. MAI ~~X~~ anders



Die steirische KPÖ tritt am 25. Mai bei den EU-Wahlen im Wahlbündnis „Europa Anders“ an. Spitzenkandidat ist der unabhängige Kandidat **Martin Ehrenhauser**, der schon bisher als Abgeordneter der Liste Martin im Europäischen Parlament vertreten ist.

[www.europaanders.at](http://www.europaanders.at)

WIR ZAHLEN  
NICHT FÜR  
EURE KRISE

RETTUNGSSCHIRM FÜR MENSCHEN  
STATT FÜR BANKEN UND DEN EURO

25. MAI ~~X~~ anders

EUROPA ANDERS - KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängige

EUROPA ANDERS, GARNISCHGASSE 22, 1090 WIEN

### Österreich und die EU: Schulden streichen, Neutralität sicher

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Preise steigen, Löhne und Gehälter stagnieren und die Pensionen sinken. Aber Milliarden werden aufgewendet, um marode Banken und den Euro am Leben zu erhalten. Die Schulden müssen gestrichen werden, damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt.

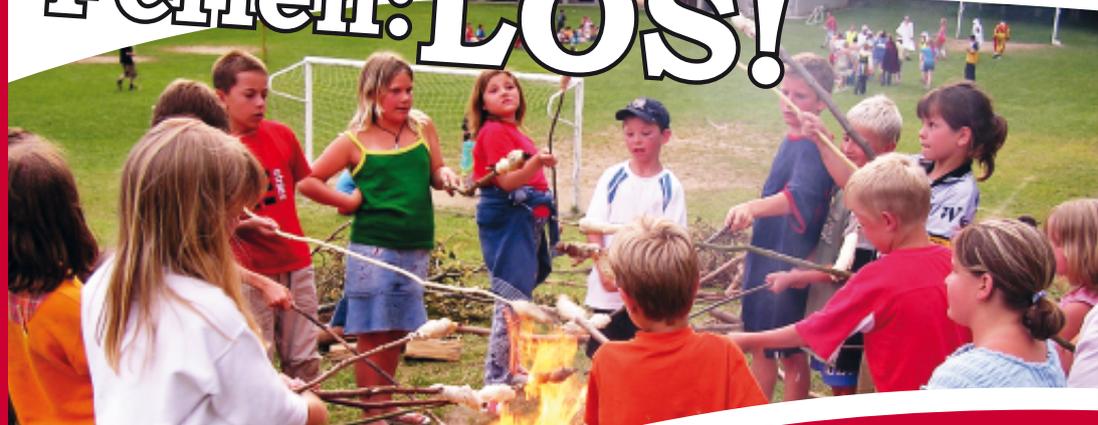
In der Krise der EU verstärken sich auch die militärischen Drohgebärden. Daher ist es wichtig, dass Österreich seine Unabhängigkeit und Neutralität sichert statt mit der EU-Armee mitzumarschieren. Daher kandidieren wir gemeinsam bei der Europawahl.

kinderland  
Steiermark

2014  
Feriensommer

für Kinder im Alter  
von 6 bis 15 Jahren

Sommer, Sonne,  
Ferien: LOS!



1-2 oder 3

Wochen möglich!

Kindervilla in St. Radegund  
von 06. Juli bis 19. Juli

Feriedorf am Turnersee  
vom 06. Juli bis 09. August

Auskunft und Anmeldung:

kinderland  
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70

Fax: 0316 / 82 06 10

[office@kinderland-steiermark.at](mailto:office@kinderland-steiermark.at)

[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)

### Wir suchen Mitstreiter!

Die KPÖ hat durch die jahrzehntelange Arbeit von Franz Rosenblattl ein hohes Ansehen in Mürzzuschlag. Franz Rosenblattl: „Ich bin, wo immer es geht, für die Leute da. Wir brauchen dringend Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Gemeinsam sind wir nämlich stärker und können viele Anliegen der Bevölkerung noch besser vertreten.“

Rufen Sie an:

0650 / 2710550

Information zu  
Kinderferien  
in Mürz: 0650 /  
2710550